



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



VON AKTION ZUR EMPFEHLUNG PAKET

**Erasmus+ KA220-SCH Strategische Partnerschaft im
Bereich der Schulbildung: DIGITALE COMICS ZUM
THEMA MIGRATION
2023-1-TR01-KA220-SCH-000166103**

Finanziert durch das Erasmus+-Programm der Europäischen Union. Die Europäische Kommission und die türkische Nationalagentur übernehmen jedoch keine Verantwortung für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Von der Maßnahme zur Empfehlung: Leitfaden für Entscheidungsträger

Entscheidungsträger spielen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen, unter denen Bildungsinklusivität, die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen und der digitale Wandel stattfinden. Durch politische Maßnahmen, Förderprioritäten, Lehrplanrahmen, Vorschriften zur Lehrerbildung und Unterstützungsangebote beeinflussen nationale und lokale Entscheidungsträger die Bildungsmöglichkeiten für Schüler sowie das Ausmaß, in dem Schulen effektiv auf Vielfalt reagieren können. Die Forschung zur Bildungssteuerung zeigt immer wieder, dass inklusive Bildungsergebnisse nicht nur von den Bemühungen einzelner Lehrkräfte und Schulen abhängen, sondern auch von systemischen politischen Rahmenbedingungen, die Gerechtigkeit, Teilhabe und den Zugang zu Ressourcen fördern (Ainscow, 2020; Europäische Kommission, 2023). Entscheidungsträger haben besonderen Einfluss darauf, ob Schulen über die institutionellen Kapazitäten verfügen, um Schüler mit Migrations- und Flüchtlingshintergrund durch sprachliche Unterstützung, psychosoziale Dienste, Initiativen zur Einbindung der Familien und inklusive pädagogische Ansätze zu fördern. Darüber hinaus prägen politische Entscheidungen zu Lehrplaninhalten, politischer Bildung und digitalem Lernen die Möglichkeiten der Schüler, Schlüsselkompetenzen wie Kommunikation, kritisches Denken, interkulturelles Verständnis, digitale Kompetenz, Zusammenarbeit und demokratische Teilhabe zu entwickeln. Die Entwicklung dieser Kompetenzen wird zunehmend als wesentlich für den sozialen Zusammenhalt und eine aktive Bürgerschaft in kulturell vielfältigen europäischen Gesellschaften anerkannt (Europäischer Rat, 2018).

Die Bedeutung der Entscheidungsträger wird im Kontext von Migration und erzwungener Vertreibung noch deutlicher. Untersuchungen zur Bildung von Flüchtlingen und Migranten



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



zeigen, dass eine erfolgreiche Inklusion stark von politischen Rahmenbedingungen beeinflusst wird, die den Zugang zur Schule, die sprachliche Förderung, die Lehrerbildung, die Anerkennung bereits erworbener Kenntnisse und die Einbindung der Familien regeln (Dryden-Peterson, 2016; Pastoor, 2017). Entscheidungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wirken sich nicht nur auf Schüler*innen, sondern auch auf Lehrkräfte und Familien aus und prägen deren bildungsbezogene und soziale Erfahrungen in den Aufnahmegesellschaften. So können beispielsweise Maßnahmen zur Förderung mehrsprachiger Bildung, des interkulturellen Dialogs und von Partnerschaften zwischen Familie und Schule Inklusion und Zugehörigkeitsgefühl fördern, während fragmentierte oder kurzfristige Ansätze zu Bildungsungleichheiten und sozialer Ausgrenzung beitragen können. Ebenso beeinflussen Investitionen in die digitale Infrastruktur, die berufliche Weiterbildung von Lehrkräften und Bildungsinnovationen unmittelbar die Fähigkeit der Schulen, gerechte digitale Lernmöglichkeiten bereitzustellen. Untersuchungen im Zuge der raschen Ausweitung der digitalen Bildung haben gezeigt, dass eine sinnvolle Digitalisierung eine kohärente politische Unterstützung, nachhaltige Investitionen und strategische Führung erfordert und nicht nur die bloße Bereitstellung technischer Ausrüstung (Tondeur et al., 2017; Selwyn, 2021). Folglich sind Entscheidungsträger zentrale Akteure bei der Schaffung von Bildungssystemen, die in der Lage sind, auf die sozialen, kulturellen und technologischen Herausforderungen zu reagieren, die mit Migration und dem gesellschaftlichen Wandel der Gegenwart verbunden sind.

In diesem Zusammenhang bietet das DICOMI-Projekt Entscheidungsträgern, die nach evidenzbasierten Ansätzen für Inklusion, Digitalisierung und interkulturelle Bildung suchen, erhebliche Vorteile. Durch seine digitalen Module und an realen Situationen orientierten Comics liefert DICOMI praktische Beispiele dafür, wie Bildungsinnovationen gleichzeitig soziale Inklusion, Empathie, interkulturellen Dialog und die Entwicklung digitaler Kompetenz fördern können. Das Projekt zeigt, wie migrationsbezogene Themen mithilfe pädagogisch strukturierter und altersgerechter Lernmaterialien behandelt werden können, die zu kritischer Reflexion, Perspektivwechsel und aktiver Teilhabe anregen. Für politische Entscheidungsträger und Bildungsfachleute bietet DICOMI ein übertragbares Modell, das europäische Prioritäten in den Bereichen Inklusion, demokratische Bürgerschaft, sozialer Zusammenhalt und digitale Transformation miteinander verknüpft. Das Projekt liefert zudem Erkenntnisse darüber, wie Schulen Schüler*innen, Lehrkräfte und Familien in kooperative Lernprozesse einbinden können, die über den Klassenraum hinausreichen und die



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft stärken. Darüber hinaus veranschaulicht DICOMI, wie digitales Storytelling und comicbasiertes Lernen in bestehende Lehrpläne integriert werden können und dabei die Entwicklung der im Europäischen Referenzrahmen festgelegten Schlüsselkompetenzen fördern, darunter kulturelles Bewusstsein, Kommunikation, Bürgerkompetenz, persönliche und soziale Kompetenz sowie digitale Kompetenz.

Für Entscheidungsträger liegt einer der wertvollsten Beiträge von DICOMI in seinem Potenzial, die Politikentwicklung und Bildungsplanung zu beeinflussen. Das Projekt liefert konkrete Beispiele für inklusive Praktiken, die skaliert, angepasst und in Lehrerfortbildungsprogramme, Lehrplanreformen, Strategien für digitale Bildung sowie Maßnahmen zur Einbindung der Familien integriert werden können. Indem DICOMI Belege dafür liefert, wie narrative und digitale Ansätze die Inklusion von Lernenden mit Migrations- und Flüchtlingshintergrund unterstützen können, trägt es dazu bei, die Kluft zwischen politischen Zielen und der Realität im Klassenzimmer zu überbrücken. Es unterstreicht zudem die Bedeutung der Verbindung von technologischer Innovation mit menschenzentrierten Bildungswerten wie Empathie, Würde, Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Die Teilnehmer betrachteten DICOMI daher als mehr als nur eine pädagogische Maßnahme; sie sahen darin eine politikrelevante Initiative, die Entscheidungsträger bei der Gestaltung inklusiverer, digital kompetenter und sozial sensibler Bildungssysteme unterstützen kann, von denen Schüler, Lehrkräfte, Familien und die gesamte Gesellschaft in ganz Europa profitieren. Die Diskussionen in kleinen Arbeitsgruppen in fünf Ländern führten zu folgenden politischen Empfehlungen:

Comics als Unterrichtsmaterial

Die Teilnehmer der kleinen Treffen identifizierten durchweg die Integration von comicbasiertem Lernen und digitalem Storytelling in Bildungslehrpläne und außerschulische Aktivitäten als wichtige politische Priorität für Entscheidungsträger. Sie argumentierten, dass zeitgemäße Bildungssysteme über traditionelle Unterrichtsansätze hinausgehen und innovative pädagogische Methoden einbeziehen sollten, die gleichzeitig das akademische Lernen, die Entwicklung digitaler Kompetenz, die sozial-emotionale Entwicklung und das interkulturelle Verständnis fördern. Die Teilnehmer betonten, dass Comics und digitale Comics einen einzigartigen pädagogischen Wert bieten, da sie narrative, visuelle und digitale Elemente auf eine Weise kombinieren, die unterschiedliche Lernende anspricht und komplexe gesellschaftliche Themen zugänglicher macht. Folglich sollten Schulen aktiv dazu ermutigt



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



werden, Lernmaterialien einzusetzen, die Empathie, digitale Kompetenzen, Kreativität und soziales Bewusstsein miteinander verbinden. Insbesondere hoben die Teilnehmer das Potenzial von Comics hervor, Schülern dabei zu helfen, Themen wie Migration, Vielfalt, Inklusion, Diskriminierung, Zugehörigkeit und demokratische Bürgerschaft zu erörtern und gleichzeitig Fähigkeiten im kritischen Denken, in der Kommunikation und in der digitalen Kompetenz zu entwickeln. Sie argumentierten, dass die Bildungspolitik den Schulen sowohl die Flexibilität als auch die institutionelle Unterstützung bieten sollte, die notwendig sind, um solche Ressourcen in die alltäglichen Lehr- und Lernpraktiken zu integrieren.

Die Teilnehmer betonten ferner, dass das Lernen mit Comics nicht auf vereinzelte Projekte oder ergänzende Aktivitäten beschränkt bleiben, sondern formell in nationale Bildungsrahmenwerke integriert werden sollte. Sie empfahlen den Entscheidungsträgern nachdrücklich, digitale Comics als innovativen und wirksamen pädagogischen Ansatz anzuerkennen, der das Lernen fächerübergreifend unterstützen kann. Die Teilnehmer stellten fest, dass Comics fächerübergreifend in Fächern wie Sozialkunde, Sprachunterricht, Geschichte, politische Bildung, Kunst und sogar in Kursen zur digitalen Kompetenz eingesetzt werden können, wodurch Schüler*innen die Möglichkeit erhalten, sich durch multimodale Lernformen mit akademischen Inhalten auseinanderzusetzen. Der visuelle und narrative Charakter von Comics wurde als besonders wirksam angesehen, um Empathie, die Fähigkeit zur Perspektivübernahme und das Verständnis für vielfältige Lebenserfahrungen zu fördern, während Aktivitäten zur Erstellung digitaler Comics den Schülern sinnvolle Möglichkeiten bieten, Kreativität, Zusammenarbeit und Fähigkeiten zur Produktion digitaler Inhalte zu entwickeln. Die Teilnehmer argumentierten, dass eine formelle Anerkennung im Lehrplan die Legitimität von Comics als Bildungsressourcen stärken und Lehrkräfte sowie Schulen dazu ermutigen würde, diese systematischer als Teil inklusiver und innovativer Unterrichtspraktiken einzusetzen.

Um die erfolgreiche Integration des comicbasierten Lernens zu unterstützen, empfahlen die Teilnehmer den Bildungsbehörden zudem, bestehende Ansätze zur Leistungsbeurteilung und -bewertung zu überdenken. Sie wiesen darauf hin, dass aktuelle Bewertungssysteme häufig traditionelle, textbasierte Formen des Wissensnachweises priorisieren, die das Spektrum der durch visuelles Geschichtenerzählen und digitale kreative Arbeit entwickelten Kompetenzen möglicherweise nicht vollständig erfassen. Die Teilnehmer forderten daher Bewertungsrahmen, die vielfältige Ausdrucksformen anerkennen und es den Schülern ermöglichen, ihr Lernen durch Comics, digitale Erzählungen und andere multimodale

Finanziert durch das Erasmus+-Programm der Europäischen Union. Die Europäische Kommission und die türkische Nationalagentur übernehmen jedoch keine Verantwortung für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Produkte unter Beweis zu stellen. Solche Anpassungen würden es den Schulen ermöglichen, nicht nur akademisches Wissen zu bewerten, sondern auch wichtige Lernergebnisse in Bezug auf sozial-emotionales Lernen, Kreativität, Empathie, Kommunikation, kritisches Denken und digitale Kompetenz. Die Teilnehmer argumentierten, dass Entscheidungsträger durch eine Erweiterung der Bewertungspraktiken und die formelle Anerkennung des visuellen Geschichtenerzählens als legitimen pädagogischen Ansatz dazu beitragen können, Lernumgebungen zu schaffen, die die vielfältigen Fähigkeiten und Kompetenzen, die in heutigen Gesellschaften erforderlich sind, besser widerspiegeln. In diesem Zusammenhang wurde die Integration des comicbasierten Lernens nicht nur als pädagogische Innovation betrachtet, sondern als strategische politische Maßnahme, die Inklusion, den digitalen Wandel und die ganzheitliche Entwicklung der Lernenden in den europäischen Bildungssystemen fördern kann.

Inklusive Bildung als politische Strategie

Die Teilnehmer der kleinen Treffen betonten, dass die Verbesserung der inklusiven Bildung mehr erfordert als Initiativen auf Klassenebene; sie verlangt nachhaltige Unterstützung durch kohärente und gut finanzierte bildungspolitische Maßnahmen. Sie argumentierten, dass innovative pädagogische Ansätze wie digitales Storytelling, auf Erfahrungsberichten basierendes Lernen und comicbasierte Bildung nur dann langfristige Wirkung erzielen können, wenn sie von Entscheidungsträgern offiziell anerkannt und unterstützt werden. Die Teilnehmer empfahlen, dass die Bildungspolitik das kulturelle Kapital sowohl von Migrantenkindern als auch von einheimischen Schülern ausdrücklich anerkennen und nutzen sollte, indem vielfältige Lebenserfahrungen, einschließlich Migrationserzählungen, in offizielle Lehrpläne, Lernmaterialien und Bildungsprogramme integriert werden. Ein solcher Ansatz wurde als unerlässlich angesehen, um sicherzustellen, dass Schüler mit unterschiedlichem Hintergrund ihre Identitäten, Geschichten und Erfahrungen im Bildungswesen widergespiegelt sehen. Die Teilnehmenden betonten, dass die Einbeziehung realer Migrationsgeschichten Stereotypen hinterfragen, Empathie fördern und Lernumgebungen schaffen kann, in denen Vielfalt als Ressource und nicht als Problem verstanden wird. In dieser Hinsicht wurden auf Erfahrungsberichten basierende Bildungsressourcen als besonders wertvoll angesehen, da sie authentische Perspektiven bieten, die den Schülern helfen, die menschlichen Dimensionen von Migration, Vertreibung, Zugehörigkeit und sozialer Inklusion zu verstehen und gleichzeitig den interkulturellen Dialog und kritische Reflexion fördern.

Finanziert durch das Erasmus+-Programm der Europäischen Union. Die Europäische Kommission und die türkische Nationalagentur übernehmen jedoch keine Verantwortung für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Die Teilnehmer betonten ferner, dass politische Maßnahmen zur Unterstützung inklusiver pädagogischer Praktiken nicht nur pädagogische Bedürfnisse, sondern auch die sozialen und emotionalen Dimensionen des Lernens berücksichtigen sollten. Sie argumentierten, dass Schulen zunehmend Schüler betreuen, die Migration, Vertreibung, Diskriminierung oder soziale Ausgrenzung erlebt haben, und dass Pädagogen strukturierte Unterstützung benötigen, um effektiv auf diese Realitäten reagieren zu können. Daher empfahlen die Teilnehmer, dass die Bildungsbehörden pädagogische und psychologische Unterstützungsmodule in den Schulen verbindlich vorschreiben und angemessen finanzieren, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte, Beratungslehrer und andere Bildungsfachkräfte Zugang zu den Ressourcen, Schulungen und Fachkenntnissen haben, die erforderlich sind, um sensible Themen wie erzwungene Vertreibung, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile und identitätsbezogene Herausforderungen anzugehen. Solche Unterstützungsmechanismen wurden als unerlässlich angesehen, um sichere Lernumgebungen zu schaffen, in denen schwierige gesellschaftliche Themen konstruktiv diskutiert werden können und in denen sich alle Schüler respektiert und wertgeschätzt fühlen. Die Teilnehmer wiesen darauf hin, dass es Lehrkräften ohne angemessene institutionelle Unterstützung schwerfallen könnte, sinnvolle Gespräche über Migration und Vielfalt zu moderieren, was das Potenzial der inklusiven Bildung zur Förderung von Verständnis und sozialem Zusammenhalt einschränken würde.

Die Teilnehmer betonten zudem die übergeordnete gesellschaftliche Bedeutung von Maßnahmen, die inklusive Bildungspraktiken sowohl für Schüler mit Migrationshintergrund als auch für einheimische Schüler fördern. Sie argumentierten, dass inklusive Bildung nicht nur zu individuellen Bildungsergebnissen beiträgt, sondern auch zur Entwicklung von Gesellschaften mit stärkerem Zusammenhalt, mehr Demokratie und größerer Widerstandsfähigkeit. Durch die Unterstützung von Bildungsansätzen, die Empathie, das Einnehmen anderer Perspektiven, interkulturelles Verständnis und Respekt für Vielfalt fördern, können Entscheidungsträger dazu beitragen, soziale Polarisierung abzubauen und den sozialen Zusammenhalt in zunehmend vielfältigen Gemeinschaften zu stärken. Die Teilnehmer betonten, dass auf Erfahrungsberichten basierende Ressourcen, reale Migrationsgeschichten und andere Materialien für erfahrungsorientiertes Lernen offiziell als wertvolle Instrumente für interkulturelles Lernen anerkannt werden sollten, da sie es den Schülern ermöglichen, sich auf sinnvolle und menschenzentrierte Weise mit komplexen sozialen Realitäten auseinanderzusetzen. Solche Ressourcen können jungen Menschen helfen, ein tieferes Verständnis für Vielfalt zu entwickeln, ausgrenzende Haltungen zu hinterfragen



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



und die für das Zusammenleben in pluralistischen Gesellschaften notwendigen staatsbürgerlichen und sozialen Kompetenzen zu fördern. Daher betrachteten die Teilnehmer die politische Unterstützung für inklusive und innovative Bildungspraktiken als strategische Investition nicht nur in die Bildungsqualität, sondern auch in das soziale Wohlergehen und die demokratische Zukunft der europäischen Gemeinschaften.

Investitionen in die Digitalisierung

Die Teilnehmer der Kleingruppentreffen betonten immer wieder, dass eine sinnvolle Digitalisierung im Bildungswesen nachhaltige Investitionen sowohl in die digitale Infrastruktur als auch in die Lehrerfortbildung erfordert. Sie argumentierten, dass die erfolgreiche Umsetzung innovativer Lernansätze, darunter digitale Comics, digitales Storytelling und interaktive Web-2.0-Aktivitäten, von der Verfügbarkeit moderner technologischer Ressourcen und unterstützender Bildungsumgebungen abhängt. Die Teilnehmer identifizierten eine entscheidende systemische Herausforderung: Viele Schulen sehen sich nach wie vor mit Einschränkungen konfrontiert, die mit veralteter technischer Ausstattung, unzureichenden digitalen Geräten, mangelhafter Software und unzuverlässiger Internetverbindung zusammenhängen. Infolgedessen kann das pädagogische Potenzial digitaler Lernressourcen nicht voll ausgeschöpft werden, und Ungleichheiten beim Zugang zu Technologie könnten bereits benachteiligte Schülergruppen weiter benachteiligen. Die Teilnehmer empfahlen daher, dass politische Entscheidungsträger der Modernisierung der digitalen Infrastruktur an Schulen Priorität einräumen, indem sie ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen, um sicherzustellen, dass alle Schulen Zugang zu den technischen Kapazitäten haben, die für interaktive und multimediale Lernerfahrungen erforderlich sind. Solche Investitionen wurden nicht nur als wesentlich für die Verbesserung der Bildungsqualität angesehen, sondern auch als notwendig, um allen Schülern gleiche Chancen zu gewährleisten, sich mit digitalen Comics, Online-Tools zur Zusammenarbeit und anderen Formen der Erstellung digitaler Inhalte auseinanderzusetzen.

Die Teilnehmer betonten ferner, dass der Zugang zu Technologie allein nicht ausreiche, um eine wirksame digitale Transformation zu erreichen. Sie argumentierten, dass die Digitalisierung von umfassenden politischen Maßnahmen begleitet werden müsse, die die institutionellen Kapazitäten der Schulen stärken, um Technologie sinnvoll in den Unterricht und das Lernen zu integrieren. Insbesondere wurden die politischen Entscheidungsträger dazu ermutigt, die Entwicklung barrierefreier digitaler Plattformen zu unterstützen, die Lehrkräften



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



und Schülern hochwertige Lernressourcen, Tools für die Zusammenarbeit und Möglichkeiten für kreative digitale Produktionen bieten. Die Teilnehmer stellten fest, dass zentralisierte oder gemeinsam genutzte digitale Plattformen die Verbreitung innovativer Materialien wie DICOMI-Module und digitaler Comics erleichtern und gleichzeitig einen einheitlicheren Zugang über Schulen und Regionen hinweg fördern könnten. Solche Plattformen wurden als wichtige Mechanismen angesehen, um digitale Ungleichheiten abzubauen und die breite Einführung innovativer pädagogischer Praktiken zu unterstützen.

Neben dem Ausbau der Infrastruktur betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit kontinuierlicher Fortbildungsprogramme, die die digitale Kompetenz der Lehrkräfte sowie den pädagogischen Einsatz von Technologie stärken. Sie argumentierten, dass viele Lehrkräfte keine ausreichende Vorbereitung erhalten hätten, um digitale Werkzeuge effektiv in den Unterricht zu integrieren, obwohl die Erwartungen an sie, die Entwicklung der digitalen Kompetenz der Schüler zu fördern, stetig steigen. Folglich sollte die Unterstützung auf politischer Ebene auf die Einrichtung langfristiger und nachhaltiger Fortbildungsinitiativen ausgerichtet sein, die Lehrkräfte mit dem Wissen, den Fähigkeiten und dem Selbstvertrauen ausstatten, die für den kreativen und inklusiven Einsatz digitaler Technologien erforderlich sind. Die Teilnehmer betonten, dass die Fortbildung über technische Fähigkeiten hinausgehen und pädagogische Ansätze für den Einsatz digitaler Werkzeuge umfassen sollte, um Zusammenarbeit, Kreativität, kritisches Denken, Inklusion und sozial-emotionales Lernen zu fördern. Durch gleichzeitige Investitionen in Infrastruktur, digitale Plattformen und den Kapazitätsaufbau bei Lehrkräften können politische Entscheidungsträger die notwendigen Voraussetzungen für eine gerechtere und effektivere digitale Transformation des Bildungswesens schaffen und sicherstellen, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihren sozioökonomischen oder geografischen Umständen von innovativen Lernmöglichkeiten profitieren.

Empfehlung zur Politikgestaltung – Art

Die Teilnehmer der Kleingruppentreffen betonten, dass eine wirksame Bildungspolitik auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und durch eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen einem breiten Spektrum von Akteuren entwickelt werden sollte. Sie argumentierten, dass komplexe bildungspolitische Herausforderungen wie Migration, Inklusion, digitale Transformation und sozialer Zusammenhalt nicht durch isolierte politische Entscheidungen erfolgreich bewältigt werden können, sondern kooperative Ansätze erfordern, die das



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Fachwissen und die Erfahrungen von Schulen, Hochschulen, Bildungs-NGOs, Kommunalbehörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen bündeln. Die Teilnehmer hoben hervor, dass Hochschulen forschungsbasiertes Wissen und Evaluierungskompetenz einbringen können, während Schulen praktische Einblicke in die Realitäten des Unterrichts und die Bedürfnisse der Schüler liefern. Bildungs-NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden aufgrund ihrer Erfahrung in der Arbeit mit schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen, Migrantengemeinschaften und sozial benachteiligten Gruppen als besonders wichtige Partner angesehen. Auch Kommunalbehörden wurden als Schlüsselakteure bei der Koordinierung von Ressourcen, der Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der Sicherstellung identifiziert, dass Bildungsinitiativen den lokalen Bedürfnissen und Gegebenheiten entsprechen. Die Teilnehmer empfahlen daher den Entscheidungsträgern, Mechanismen für regelmäßige Konsultationen, den Aufbau von Partnerschaften und den Wissensaustausch zwischen diesen Akteuren zu schaffen, um bedarfsgerechtere, evidenzbasierte und nachhaltige bildungspolitische Maßnahmen zu entwickeln.

Die Teilnehmer betonten ferner, dass künftige Bildungsinitiativen einen breiteren und inklusiveren Ansatz unter Einbeziehung aller Interessengruppen verfolgen sollten. Insbesondere empfahlen sie den politischen Entscheidungsträgern, Projekte aktiv zu unterstützen, an denen neben Akteuren des öffentlichen Sektors auch Eltern, Familien und private Bildungseinrichtungen beteiligt sind. Eltern wurden als wesentliche Partner für die Inklusion im Bildungswesen angesehen, da ihre Beteiligung das Engagement der Schüler stärken, die soziale Integration fördern und die Kommunikation zwischen Schulen und Gemeinden verbessern kann. Die Teilnehmer argumentierten, dass politische Maßnahmen die systematische Einbindung von Familien in die Planung, Umsetzung und Bewertung von Bildungsprozessen fördern sollten, insbesondere bei Projekten, die sich mit Migration, Vielfalt und Inklusion befassen. Ebenso wurden private Bildungseinrichtungen als wichtige Akteure für Bildungsinnovationen, die Entwicklung von Ressourcen und die Verbreitung bewährter Praktiken angesehen. Durch die Einbindung eines breiteren Spektrums von Akteuren können Bildungsinitiativen von vielfältigen Perspektiven, Fachkenntnissen und Ressourcen profitieren und gleichzeitig ein stärkeres Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für Bildungsergebnisse fördern.

Die Teilnehmer wiesen zudem darauf hin, dass eine kooperative Politikgestaltung sowohl die Qualität als auch die Legitimität von Bildungsreformen verbessern kann.

Finanziert durch das Erasmus+-Programm der Europäischen Union. Die Europäische Kommission und die türkische Nationalagentur übernehmen jedoch keine Verantwortung für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Politische Maßnahmen, die im Dialog und in Partnerschaft entwickelt werden, spiegeln mit größerer Wahrscheinlichkeit die Lebensrealitäten von Schülern, Lehrkräften, Familien und Gemeinden wider, was ihre Relevanz und Wirksamkeit erhöht. Darüber hinaus kann die Zusammenarbeit der Akteure den Austausch innovativer Praktiken erleichtern, die Ausweitung erfolgreicher Maßnahmen unterstützen und das soziale Vertrauen zwischen den Bildungsakteuren stärken. Die Teilnehmer forderten daher politische Rahmenbedingungen, die langfristige sektorübergreifende Partnerschaften fördern und die gemeinsame Entwicklung von Bildungslösungen anregen. Solche Ansätze wurden als besonders wichtig angesehen, um neue Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration, Digitalisierung, Inklusion und demokratischer Teilhabe zu bewältigen. Durch die Unterstützung künftiger Projekte, an denen Schulen, Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen, Kommunalbehörden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Eltern und private Bildungseinrichtungen beteiligt sind, können Entscheidungsträger zur Entwicklung inklusiverer, evidenzbasierter und sozial sensibler Bildungssysteme beitragen, die den Bedürfnissen der vielfältigen europäischen Gemeinschaften gerecht werden.

Literaturverzeichnis

- Ainscow, M. (2020). Förderung von Inklusion und Chancengleichheit im Bildungswesen: Erkenntnisse aus internationalen Erfahrungen. *Nordic Journal of Studies in Educational Policy*, 6(1), 7–16. <https://doi.org/10.1080/20020317.2020.1729587>
- Dryden-Peterson, S. (2016). Bildung von Flüchtlingen in Erstaufnahmelandern: Die „Black Box“ der Erfahrungen vor der Neuansiedlung öffnen. *Educational Researcher*, 45(9), 473–482. <https://doi.org/10.3102/0013189X16683398>
- Pastoor, L. D. W. (2017). Eine Neukonzeption der Bildung von Flüchtlingen: Untersuchung der vielfältigen Lernkontexte unbegleiteter junger Flüchtlinge nach der Neuansiedlung. *Intercultural Education*, 28(2), 143–164. <https://doi.org/10.1080/14675986.2017.1295572>
- Selwyn, N. (2021). *Bildung und Technologie: Zentrale Themen und Debatten* (3. Aufl.). Bloomsbury Academic.
- Tondeur, J., van Braak, J., Ertmer, P. A. & Ottenbreit-Leftwich, A. (2017). Verständnis des Zusammenhangs zwischen pädagogischen Überzeugungen von Lehrkräften und dem



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Einsatz von Technologie im Bildungswesen: Eine systematische Übersicht über qualitative Erkenntnisse. *Educational Technology Research and Development*, 65(3), 555–575. <https://doi.org/10.1007/s11423-016-9481-2>

Europäischer Rat. (2018). *Empfehlung des Rates vom 22. Mai 2018 zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen*. Amtsblatt der Europäischen Union, C189, 1–13.

Europäische Kommission. (2023). *Europäischer Bildungsraum: Fortschrittsbericht zu Inklusion, Chancengleichheit und digitalem Wandel im Bildungswesen*. Europäische Kommission.